# Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlin's: Basel: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Cassel: Th. Dietrich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandl. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Neothaus, Jacob Türkheim, Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schüssler. — Köln: D. Freese. — München: C. Maroviki.

## Morgen-Ausgabe.

Würzburg: Stahel's Buchhandlung. — Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 2. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, 31bis Faubourg-Montmartre et 31 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Rajchman & Frendler in Warschau, Senatorenpaus 22.

**Nr. 294.** **Berlin, Sonntag den 20. Juli 1879.** **18. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich 9 **Mark 50 Pf.**, für Berlin nehmen **sämmtliche Expeditionen, Post-Expeditionen,** sowie die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile **40 Pf.** Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an dieser **Berlin SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.** Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition frankiren alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur frankirte Briefe an.


Für die Monate **August** und **September** eröffnen wir ein besonderes Abonnement zum Preise von **Mk. 5.** Bestellungen werden bei allen **Reichs-Postanstalten,** in Potsdam bei **L. G. Pusch,** Kanal Nr. 19, außerdem in **Berlin** bei den **Zeitungs-Spediteuren** und in der Expedition der **„Nordd. Allg. Ztg.",** Wilhelmstraße Nr. 32, angenommen.

Gleichzeitig erlaubt sich die Expedition, für die **Reise- und Bade-Saison** auf das **Wochen-Abonnement** hinzuweisen. Dasselbe beträgt für die Woche mit **zweimaliger täglicher** Kreuzbandsendung innerhalb des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie **Mk. 1. 20,** für die übrigen Staaten **Mk. 1. 50.** Um die Abonnenten regelmäßig und pünktlich in den Besitz der Zeitung zu setzen, ist es erwünscht, daß beim Wechsel des Aufenthaltsortes die Expedition 1—2 Tage vorher davon Kenntniß erhält.

## Telegraphische Korrespondenz.

(Wolffs Bureau.)

**Köln,** Sonnabend 19. Juli. Der Vertrag über die Erweiterung der Stadt ist heute durch den Ober-Bürgermeister und eine Kommission der Stadtverordneten und für das Konsortium durch besondere Vertreter unterzeichnet worden. Die Genehmigung des Stadtverordnetenkollegiums und des Konsortiums ist vorbehalten.

**Bern,** Sonnabend 19. Juli. Der Unternehmer des Gotthardbahntunnels, Favre, ist heute im Tunnel am Herzschlag gestorben.

**Bukarest,** Sonnabend 19. Juli. Die Unterhandlungen Bratiano's zur Bildung eines Fusionsministeriums scheinen einen günstigen Verlauf zu nehmen, jedoch ist das neue Kabinet noch nicht perfekt.

**Memphis,** Freitag 18. Juli. Heute ist abermals eine Person am gelben Fieber gestorben, die Zahl der von der Krankheit neu Befallenen hat sich vermehrt, der Handel und Verkehr hat fast aufgehört, die Bankgeschäfte sind sämmtlich geschlossen, die Einwohner verlassen in Massen die Stadt. In mehreren Städten der Südstaaten ist allen von hier kommenden Personen gegenüber von Neuem die Quarantaine in Wirksamkeit gesetzt worden.

(Siehe auch Seite 3.)

## Amtliche Nachrichten aus dem Reichs- und Staats-Anzeiger.

Der Rechtsanwalt und Notar Justizrath Feuerstack zu Soraw ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Quedlinburg mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst versetzt worden.

Dem Staatsprokurator Löhmann in Bonn ist Behufs Uebertritts in den Justizdienst der freien Stadt Hamburg die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt.

Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath von Dagur in Breslau, und der Rechtsanwalt und Notar Goldhandt in Danzig sind gestorben.

Schwieriger als bei irgend einem anderen Kulturvolke ist in Deutschland die Stellung derjenigen Presse, welche — wir sehen gefliissentlich von jeder Art spezieller Parteibezeichnung ab — für die historisch begründeten Autoritäten eintritt. Der im deutschen Charakter von Hause aus gelegene Hang zum Individuellen ist unter dem Eindruck jener, weder christlicher noch germanischer Elemente, welche in den deutschen Zeitungen so vorwiegend das große Wort führen, in der deutschen Presse allgemach dahin entartet, daß eine negirende, überall nörgelnde, in fortwährendem Kampfe mit den Autoritäten im Staat und Kirche liegende Erörterung fast ausschließlich zum Kriterium unabhängiger Gesinnung und ausrechter Geisteskraft geworden ist. Wer aber in dieses Horn nicht mitzublasen sich bequemt, ist der großen Acht und Aberacht dieser Herolde der öffentlichen Meinung verfallen, deren verheerende Einwirkungen auf Geist, Geschmack und Gewissen eines großen Theils des deutschen Volkes voraussichtlich ebenso wie die Nachwirkungen der entsittlichenden Französelei zu Ende des vergangenen und zu Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts, leider erst durch große, die ganze Bevölkerung zur Einkehr und Umkehr zwingende Kalamitäten vermscht werden dürften.

In ganz abfonderlichem Maße hat die „Nordd. Allg. Ztg." sich der Abneigung des überwiegenden Theiles der vom „Geiste der Zeit" getragenen und inspirirten deutschen Zeitungsliteratur zu erfreuen. Das unverzeihliche Verbrechen, dessen die „Nordd. Allg. Ztg." sich nun allerdings schon seit beinahe 18 Jahren schuldig macht, sich vom gesunden Menschenverstand anstatt von den landläufigen Phrasen des Liberalismus inspiriren zu lassen, muß sie seit eben so vielen Jahren in einer Fluth von Angriffen und Anfeindungen büßen, denen es nie an Böswilligkeit aber fast ausnahmslos an jeder thatsächlichen Berechtigung und noch mehr an attischem Salze mangelt, so daß es uns gar nicht Wunder nimmt, wenn ein großer Theil der deutschen Lesewelt die „Nordd. Allgem. Zeitung" für eine Art von publizistischer Mißgeburt hält, in welcher Rohheit des Ausdrucks, Lüge, Verleumdung und ähnliche Tugenden täglich ihre Orgien feiern. Auf der anderen Seite würden es unsere Leser geradezu für unbenkbar halten, in welcher Weise durchaus objektive, jeder persönlichen Spitze ermangelnde Ausfassungen unserer Zeitung in der liberalen Presse behandelt werden.

Das ist nun einmal nicht zu ändern; ein erfreulicher Lichtblick ist uns aber, und wahrlich nicht etwa aus eigenem Interesse, eine jede Kundgebung, welche wenigstens den Beginn einer Wendung unserer Preßzustände zum Besseren anbeutet, und unsere Leser werden es aus diesem Gesichtspunkte gewiß nicht unfreundlich aufnehmen, wenn wir im Nachstehenden einen Artikel des „Düsseld. Anzeiger" zu ihrer Kenntniß bringen, der eine der wundesten Stellen unserer Preßverhältnisse mit Sachkenntniß und Geschick beleuchtet. Der Artikel führt die Ueberschrift: „Kladderadatsch" und lautet:

Es ist eine undankbare Aufgabe, über Leute sich zu ärgern, die mit dem Schellenrock und der Pritsche einherspringen. Klüger wäre es, ihnen wie einem Wespenschwarm aus dem Wege zu gehen. Daher mag es denn kommen, daß die politischen Wipblätter meist unbehelligt bleiben und ungerügt thun dürfen, was sie wollen — mag das Vaterland auch darüber zu Grunde gehen.

Ueber den Geschmack des Publikums ist nicht zu streiten, weshalb und der „Witz" jener Berliner Wipblätter denn auch heute weniger beschäftigen soll. Persönlich theilen wir Goethe's Ansicht:

„Ein garstig Lied! Pfui! Ein politisch Lied!
Ein leidig Lied! Dankt Gott mit jedem Morgen,
Daß ihr nicht braucht für's römsche Reich zu sorgen!

Ich halt' es wenigstens für reichlichen Gewinn,
Daß ich nicht Kaiser oder Kanzler bin."

Witz und Politik vertragen sich eigentlich wie Wasser und Oel, wie ernste Arbeit und zweckloses Spielerei. Wer aus der Sorge und Arbeit Kapital für das Amüsement schlägt, wird fast immer fehl greifen.

Die Komik entsteht durch die Ausbeutung einer thatsächlichen und allgemein als vorhanden erkannten Situation. Eine politische Witze macht, muß seine Zuflucht gewöhnlich zu einer künstlichen Situation nehmen; es muß mit Hülfe des Parteiwesens erst eine Situation geschaffen werden. Der politische Komiker hält uns kein helles und scharfes Glas vor, durch welches wir die Dinge vergrößert und verkleinert, je nach dem gewollten Effekt mehr konzentrirt oder dezentralisirt, aber doch ohne gewaltsame Verzerrung erblicken, sondern ein unreines, nur Karrikaturen schaffendes Glas. Dem Parteimann gefällt's, weil sein Haß Zerrbilder wünscht. Dabei hat aber der Spaß auf Eine von Herzen wohlthuende Fröhlichkeit wird durch dieses Futter für Bestien nicht erzeugt.

Wie schon bemerkt, und persönlich ist der „politische Witz" unsympathisch, während und der echt deutsche Spaß, den die „Fliegenden Blätter" treiben, erzipt. Doch das ist reine Privatsache. Als Politiker aber dürfen wir uns auf diesen Standpunkt des Vergnügungsmenschen dem politischen Witz gegenüber nicht beschränken, sondern müssen gleich anderen Preßorganen Front machen gegen die witzige Politik, durch welche die vorhandenen Gegensätze nicht, wie es sein sollte, gemildert, sondern in höchst bedenklicher Weise gesteigert werden.

Fürst Bismarck betonte in seiner letzten Rede, daß in Deutschland die Erregung durch eine unerhörte und verlogene Preßagitation hervorgerufen und gesteigert worden ist, und daß man sich nicht darüber wundern dürfe, wenn im Publikum und bei dem Heer, die nichts wie ein einziges Hepblatt lesen, falsche Ansichten entstanden seien.

Wir kennen Leute, die ihre ganze politische Weisheit aus dem „Kladderadatsch" schöpfen. Sie ist auch danach. Unter den Hepblättern der neuen Periode steht der „Kladderadatsch" nämlich in erster Linie. Er fuchtelt mit der Arroganz einer verletzten Großmacht in der Luft umher, was den „geistigen" Inhalt der letzten Nummern noch ungenießbarer macht. Wer darüber eine unwillige Bemerkung macht, wird im „Briefstellen", dieser Skandalchronik des Deutschen Reiches, gemeuchelt. Der Uebermuth der Berliner Prebbarone hat einen gemeingefährlichen Charakter angenommen. Und das deutsche Volk steht dabei und — lacht. Die deutschen Universitäten haben sogar den „Kladderadatsch" zu ihrem Leiborgane gewählt.

Es ist in diesem Blatte schon mitgetheilt, daß der „Kladderadatsch" in einem Leid- und Siegesgedicht die Entlassung der drei Minister als eine von hoher Stelle längst gewünschte Säuberung des Ministeriums von den bürgerlichen Elementen feierte. Das Gedicht war überaschend klobig in der Form, während sonst die „Kladderadatsch"-Artikel nach der formellen Seite hin bestechend wirken. Diesmal hatte es aber das Wipblatt nicht verschmäht, die abgehenden Minister mit verabscheuten Stallburschen auf gleiche Stufe zu stellen, die einen Tritt von den „Stiefs" bekamen. Dies klassische Wort wurde mit Vorliebe auch von Heine poetisch verwerthet. Aber über den Geschmack gewisser Dichter ist eben nicht zu streiten. Lassen wir also eine Kritik der Form. Den Inhalt hat die „Nordd. Allg. Ztg." als einen „Unsinn" bezeichnet, wie er größer noch nicht geschrieben worden sei.

„Kladderadatsch" beantwortete diese Kritik natürlich mit gewöhnlicher Ueberlegenheit. Die „Nordd. Allg. Ztg." ist in jenen Kreisen ja seit Jahren so angerichtet, daß es nur des Namens und einer Redensart bedarf, um die Leute gegen die „Nordd. Allg. Ztg." einzunehmen. Es gehört das zur politischen Mache. Kürzlich bemerkten die „Fliegenden Blätter":

„Es gibt Leute, die uns in's Gesicht spucken, um einen Flecken darin abzuwischen."

„Kladderadatsch" und die ihm verwandte einzig und allein „gesinnungstüchtige" Berliner Preßklique gehören nicht zu jenen edlen Seelen. Zwar im Spucken sind sie dem Schah von Persien über; doch wischen sie nichts wieder ab. Durch die Merkmale ihrer Thaten im Gesicht des Gegners wissen sie diesen beim „gebildeten Publikum" zielbewußt zu diskreditiren.

Das nebenbei. Zu seiner „Entschuldigung" bemerkte „Kladderadatsch", daß das Sonntags erscheinende Blatt schon Donnerstag zum Druck gelange, und daß bis dahin 3 Adlige als Nachfolger der entlassenen Minister bezeichnet worden seien. Das „gebildete Publikum" ist vollständig befriedigt durch eine solch' ausgezeichnete Ausrede. Und es wird weiter — gelacht.

Zuerst behauptete „Kladderadatsch" in einer geradezu tollwütigen Laune, nur die bürgerlichen Namen der Minister seien als Grund der Entlassung zu betrachten, während in anderen Artikeln desselben Blattes über die politische „Reaktion", welche endlich besiegelt sei, gelacht wird. Der bürgerliche Maybach, der bürgerliche Hofmann, zu denen 2 neue bürgerliche Minister treten, müssen jene „Reaktion" natürlich mitmachen. Ebenso andere bürgerliche Beamte in hohen Stellungen. Doch Logik darf man bei Possenreißern, denen der Zweck die Mittel heiligt, nicht suchen. Daß sich das fortschrittliche Berlin einen adligen Oberbürgermeister wählte, hinderte den „Kladderadatsch" nicht, Herrn von Forckenbeck als Führer des liberalen Bürgerthums zu feiern. Früher wurde der fortschrittliche Herr v. Hoverbeck ebenfalls verherrlicht, obwohl er auf seine Freiherrnwürde großes Gewicht legte. Wenn's paßt, bildet man das eine und das andere Auge zu. Wäre vor Jahresfrist der bürgerliche Camphausen, der bürgerliche Achenbach und der bürgerliche Hofmann durch die Herren von Bennigsen, von Stauffenberg und von Forckenbeck ersetzt worden, so würden die Vertreter des „Bürgerthums" in Berlin wahrscheinlich den Sieg des freisinnigen Bürgerthums gefeiert haben. Und wenn es den für die Ministerbank in Aussicht genommenen adligen Herren gelungen wäre, den bürgerlichen Lothar Bucher oder Herrn Tiedemann fortzuschicken, so wäre der Triumph über den Sieg des „Bürgerthums" und die „Freude in Israel" nicht minder groß gewesen.

Was ist nun Wahrheit?

Ist der adlige Name heutzutage nur noch Schall: warum sich alsdann darüber ereifern? Ist er mehr: warum säubert sich das sog. „freisinnige Bürgerthum" nicht von den adligen Elementen? Ein solcher Kreuzzug gegen den Adel wäre eine ehrlichere That, als unsern Kaiser und Kanzler, die doch Beide bewiesen haben, daß sie die tüchtigen Männer da nehmen, wo sie sie finden, der Geringschätzung des Bürgers zu beschuldigen.

Weil die gesinnungsverwandte Berliner Presse drei Adlige als Ministerkandidaten bezeichnete, deshalb beschwert es das „Kladderadatsch"-Gewissen nicht, daß sofort eine geradezu unerhörte Kränkung gegen die ersten Staatslenker in die Welt geschleudert wird! Kein größerer Possen hätte dem „Kladderadatsch" eigentlich gespielt werden können, als wenn die Herren Dr. Friedenthal und Dr. Falk wirklich nachträglich geadelt worden wären. — Ein Gefühl der Blamage über die eigene Dummheit mag den „Kladderadatsch" beschleichen; Reue über politische Gewissenlosigkeit und Volksverhetzung scheint jenes Wipblatt nicht zu kennen. Es tobt weiter gegen Bismarck — in Wort und Bild. Wie es in der äußeren Politik sich anstrengt, Deutschland mit den auswärtigen Mächten zu verfeinden, und wie es im Kulturkampf durch sein religionsfeindliches Gebahren den Staat und die nichtkulturmantanen Kreise als der „Religion" feindlich gesinnt hinstellte, so scheint ihm in der inneren Politik eine neue Auflage der Konfliktsperiode willkommen zu sein mit einem neuen politischen Cancan der „Gesinnungstüchtigen".

---

Den mit den Vorarbeiten zur Hebung des „Großen Kurfürsten" beschäftigten Taucheren ist es, nach Mittheilung aus London, gelungen, 87 Pontons innerhalb des Schiffes anzubringen und den durch den Zusammenstoß mit dem „Wilhelm" verursachten Riß mit dem eigens dazu angefertigten eisernen Schilde zu schließen. Ein Versuch zur Hebung wird, falls die Witterung es gestattet, am 24. d. M. gemacht werden. Gelingt der Versuch, so soll der „Kurfürst" in der Bucht zwischen Folkestone und Hythe gelandet werden.

---

Die „Nationalzeitung" hat den Grund des **sozialdemokratischen Wahlsieges** in Breslau entdeckt; sie konstatirt aus den Ziffern des Wahlresultates ein relatives Anwachsen der Sozialdemokratie und bemerkt hierzu:

„Und wir wundern uns darüber nicht; denn ein Zoll auf nothwendige Lebensmittel muß die Reihen der Sozialdemokratie vermehren."

Man muß so etwas mit eigenen Augen lesen, um es für möglich zu halten. Diese Art der Kampfweise charakterisirt sich übrigens selbst so unzweideutig, daß wir uns sogar enthalten, der „Nationalzeitung" vorzuhalten, wie es denn hätte geschehen können, daß ein Zoll auf nothwendige Lebensmittel anteilpando die Reihen der Sozialdemokratie in Breslau vermehre. Es konnte ja der „Nationalzeitung" nur auf eine Insinuation ankommen, und eine solche hat sie glücklich in die Welt geschleudert. Wohl bekomm' es ihr!

Eine natürliche Zweienverbindung läßt es uns übrigens als nicht unangemessen erscheinen, gegenüber der obigen Bemerkung der „Nat. Ztg." das nachstehende an die „Germania" gerichtete und von ihr veröffentlichte Schreiben abzudrucken.

„Das Pfeifkin des armen Mannes" war eines jener famosen Schlagwörter, mit denen der „Liberalismus" beschränkten Köpfen die Steuer- und Wirthschaftsreform des Reichskanzlers verdächtigen wollte. „Der arme Mann, hieß es, für den sich sonst Niemand verwendet, der arme Konsument muß gegen Interessenwirthschaft und die Steuerpläne der Regierung geschützt werden. Dem Volk werden durch die neue Wirthschaftsreform die nothwendigsten Lebensbedürfnisse vertheuert." Jeder Mensch mit gesunden fünf Sinnen müßte sich freilich fragen, wie dies möglich sei, da ja die Steuer resp. der Zoll derartig unbedeutend ist, daß bei kleinen Quantitäten die Sache kaum in Betracht kommen kann, namentlich in Vergleich zu den oft ungeheuren Preissteigerungen und Schwankungen, welche die Börsenspekulation bei derartigen Artikeln hervorruft. Doch dem „Liberalismus" ist das Unbegreiflichste möglich und begreiflbar. Zu sehr hat sich leider unsere Vermuthung bestätigt, daß die neuen Zölle und Steuern sofort von den „liberalen" Spekulanten benutzt werden würden, um die Preise aller Artikel in ganz unverhältnißmäßiger Weise in die Höhe zu treiben. Die „liberale" Presse, die Vertreterin dieser gewissenlosen Jobber und Spekulanten, die sich wohl gehütet hat, vor der Vertheuerung aller Preise durch die Spekulation ihrer Parteigenossen zu sprechen, zeigt auch hier die Krallen ihrer Kapenfüßchen, indem sie den Leuten im Interesse ihrer Parteigenossen täglich vorpredigt, wie sich alle Lebensbedürfnisse nun in Folge des Zolles und der Steuern nothwendig enorm steigern müßten, bis dann die große unrechtlose Masse auch schließlich ein solches enormes Steigen für ganz gerechtfertigt hält. Dann blüht der Weisen jener jüdischen Spekulanten, welche sich nicht scheuen, die Preise auf das Zwei- bis Dreifache zu erhöhen. Von den uns vorliegenden Beispielen dieser Art sei nur eins erwähnt. Die „Danziger Zeitung", eins der Hauptorgane dieser Sp. Vertreter des Freihandels und des Volkswohles, welche es ihrer Zeit im „Kulturkampf" an Schimpfworten und Hetzereien vielen anderen Zeitungen dieser Richtung zuvorthat, bringt in ihrer Dienstag-Morgennummer einen Leitartikel, welcher sich in breiter, phrasenhafter Weise über die Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel und Rohprodukte durch die neuen Zölle ergeht. Die Dienstag-Abendnummer bringt darauf sofort in ihrem Inseratentheil eine Kollektivverklärung der Danziger Tabakfabrikanten, daß sie in Folge des Zolles und der Vertheuerung der Rohprodukte das 4 Pfd. mit 20—40 ₰ theurer verkaufen müßten. Bemerken müssen wir dabei, daß das Rohprodukt, welches von diesen Fabrikanten bearbeitet wird, meistens einheimisches, ja sogar westpreußisches Gewächs ist. Bekanntlich beträgt aber die Steuer für einheimischen Tabak nur wenige Pfennige pro Pfund. Fern sei es uns, irgend welchen direkten unehrenhaften Zusammenhang zwischen dieser Annonce und dem Artikel der „Danz. Ztg." zu vermuthen, nur auf das eigenthümliche Zusammentreffen wollen wir hier aufmerksam machen. Es heißt jetzt, bei diesem Treiben der „liberalen" Partei und ihrer Organe, die Augen offen haben und ihnen scharf auf die Finger sehen und überall, wo sich solche Vorfälle, namentlich auch bei Petroleum und Kaffee, zeigen werden, dieselben nicht verschweigen."

---

**Aus Westpreußen** wird uns geschrieben:

Mit Bezug auf die Abfertigung, welche dem Abg. Richter durch den Herrn Geheimen Rath Tiedemann zu Theil wurde betreffs der Kommunalabgaben des platten Landes, erlaube ich mir der Redaktion der „Nordd. Allgem. Ztg." ein Beispiel aus Westpreußen mitzutheilen.

Einsender besitzt ein kleines Rittergut von nicht ganz 1000 Morgen und bezahlt eine Einkommen-

---

## Feuilleton der Norddeutschen Allgem. Zeitung.

Berlin, den 20. Juli 1879.

### Der Statthalter von Elsaß-Lothringen.*)

ms. Feldmarschall Edwin Hans Karl Freiherr v. Manteuffel, welcher binnen kurzem den hochwichtigen Posten eines Statthalters in Elsaß-Lothringen übernehmen wird, ist am 24. Januar 1809 in Bautzen i. d. Lausitz (nicht in Dresden, wie ein Artikel der „Illustr. Ztg." schreibt) geboren, wo sein Vater Hans Karl Erdmann Freiherr v. Manteuffel als Landsyndikus der damals noch sächsischen Niederlausitz fungirte. Seine Erziehung genoß er im elterlichen Hause in Gemeinschaft mit seinen schon damals verwaisten beiden älteren Brüdern — den spätteren (gegenwärtig noch auf seinem Rittergute Kroffen in der Lausitz lebenden) preußischen Ministerpräsidenten Freiherrn Otto und dessen nunmehr verstorbenen Bruder, Wirkl. Geh. Rath Freiherrn Karl v. Manteuffel —, bis er im Jahre 1827 beim Garde-Dragonerregiment als Avantageur eintrat. Im Jahre 1828 zum Sekondelieutenant befördert, besuchte v. M. während der Jahre 1834 bis 1836 die Kriegsschule, wo er sich bald durch seine hervorragenden Fähigkeiten bemerkbar machte. 1837 wurde er Regimentsadjutant und 1838 Adjutant des Gouverneurs von Berlin, Generals v. Müffling. In dieser Stellung kam v. M. häufig zum Hofe in Beziehung und wurde in Folge dessen im Jahre 1839 zum persönlichen Adjutanten des Bruders des Königs Friedrich Wilhelm III., Prinzen Albrecht, befördert, welcher damals seine Vermählung mit der Prinzessin Marianne der Niederlande feierte. In dieser Stellung lernte er die Tochter des damaligen Kriegsministers v. Witzleben kennen, welche bei der jungen Prinzessin als Hofdame fungirte, und mit der er sich im Jahre 1844 vermählte, nachdem er kurz zuvor (1843) zum Rittmeister befördert war. Im Jahre 1848 wurde v. M. zum Flügeladjutanten des Königs Friedrich Wilhelm IV. befördert und in dieser Stellung vielfach vom Könige zu diplomatischen Missionen verwendet, in denen er durch seine Vertrautheit mit der hohen Politik und den Verhältnissen der Höfe ganz besondere Befähigung und Geschicklichkeit bewährte und das Vertrauen des Monarchen in hohem Maße erwarb. Unter Beilassung in seinem Verhältniß als Flügeladjutant wurde v. M. 1853 Oberstlieutenant und Kommandeur des 5. Ulanenregiments zu Düsseldorf und als solcher ein Jahr später zum Oberst befördert und demnächst mit der Führung der 3. Kavalleriebrigade betraut. 1855 berief der König, welcher ihm fortwährend bewegliche seines Vertrauens gegeben, v. Manteuffel zur Vertretung des Generals v. Gerlach, der damals die politischen Vorträge beim König hatte, und ein Jahr später wurde demselben die Vertretung des damaligen Chefs des Militairkabinets, Generals v. Schöler, übertragen, nach dessen ein Jahr später erfolgtem Rücktritt v. Manteuffel definitiv zum Chef dieser so wichtigen Behörde ernannt wurde. In dieser einflußreichen Stellung vermochte v. Manteuffel sein so bedeutendes Talent in hohem Maße zur Geltung zu bringen. Schon lange hatte er die damaligen Mängel unserer Heereseinrichtung erkannt und mit richtigem Blick herausgefunden, daß die Schwäche derselben nicht sowohl in der Organisation, als in der Unfähigkeit des damaligen Offizierkorps und des geltenden Prinzips bestanden, nach welchem die Ancienneität allein als Maßstab für die Beförderung galt. Er drang darauf, daß die alten, unfähigen und verbrauchten Kräfte, welche noch in hervorragenden Stellungen sich befanden, durch frische, fähige und jüngere Offiziere ersetzt und somit den fähigen Offizieren die Möglichkeit zu schnellerem Avancement geboten wurde. Auf diese Weise war es allein möglich, später die Armeeorganisation durchzuführen, und somit kann man dies wichtige Werk in der Geschichte Preußens als ein hervorragendes Verdienst des Generals v. Manteuffel bezeichnen. Selbstverständlich erwarb sich dieser Reorganisator des preußischen Heerwesens dadurch unter den älteren Offizieren viele Feinde, und da man ihm auch auf politischem Gebiet einen — wie sich später herausstellte, übertriebenen — Einfluß zuschrieb, so fanden seine Feinde bald genügende Gelegenheit, die öffentliche Meinung gegen ihn einzunehmen, umsomehr, als die 1859 ins Werk gesetzte Reorganisation beim preußischen Landtage, wie auch in politischen Kreisen einen gewaltigen Sturm und abfällige Urtheile hervorrief. Der damalige Abgeordnete Stadtgerichtsrath Twesten bezeichnete ihn in seiner vielgenannten 1861 erschienenen Broschüre „Was uns noch retten kann" als einen „unheilvollen Mann in unheilvoller Stellung". Diese Aeußerung beantwortete v. Manteuffel durch eine Herausforderung, und Twesten, der das Duell angenommen, trug eine Verwundung und theilweise Verstümmelung der rechten Hand davon. v. M. hüßte dies Vergehen mit einer kurzen Haft in Magdeburg, verblieb aber in seinen amtlichen Thätigkeit als Chef des Militairkabinets bis zum 29. Juni 1865, wo er auf seinen Wunsch von dieser Stellung entbunden und zum Kommandeur der preußischen Truppen in Schleswig-Holstein, später auch, am 22. August desselben Jahres, zum Gouverneur dieser Lande ernannt wurde. In dieser ebenso wichtigen als schwierigen Stellung, in welcher er die Interessen des deutschen Elementes gegenüber einer widerstrebenden Bevölkerung und einem Thronprätendenten wahrnehmen mußte, bewährten sich wieder die diplomatischen Fähigkeiten des inzwischen zum Generallieutenant und Generaladjutanten des Königs avancierten Mannes auf das Glänzendste. Schwerlich wurde ihm noch kein Mann durch die seitens der österreichischen Mitbesetzung hervorgerufenen Widerwärtigkeiten und Chikanen. Trotzdem verstand der General die Strenge und Autorität des preußischen Regiments zu wahren und dabei mit der größten Liebenswürdigkeit den Wünschen der widerstrebenden Bevölkerung nach Möglichkeit entgegen zu kommen. Im Kriegsrath am 28. Februar 1866 stimmte er zu Berlin für den Krieg mit Oesterreich, und als ihm darauf die Aufgabe wurde, die österreichische Mitbesatzung aus Schleswig-Holstein herauszudrängen, hatte es der Feldmarschall Gablenz nur einer Heerschau bedurfen, daß er ohne Berührte Holstein räumen konnte. Am 7. Juni 1866 überschritt v. Manteuffel die Eider und begann damit den preußisch-österreichischen Krieg. Am 15. Juni rückte v. M. mit seiner Division in Harburg in Hannover ein, übertrumpelte am 18. Juni Stade und stieß zu der unter dem Befehl des Generals Vogel v. Falkenstein stehenden Mainarmee. Auch hier war ihm wieder der diplomatische Theil vorbehalten, und die Kapitulation von Langensalza am 29. Juni war sein Werk. Am 19. Juli wurde unter Abberufung v. Falkenstein's nach Böhmen das Kommando der Mainarmee an den Manteuffel übertragen, der dann auch die Aufgabe glücklich zu Ende führte. Im August 1866 wurde er in außerordentlicher politischer Mission nach St. Petersburg gesendet, um den Kaiser von Rußland von der Nothwendigkeit der Neugestaltung Deutschlands zu überzeugen. Von dort zurückgekehrt wurde er am 20. September zum General der Kavallerie ernannt und mit dem Kommando des 9. Armeekorps in Schleswig-Holstein betraut. Differenzen mit dem Oberpräsidenten Scheel v. Plessen veranlaßten ihn, um Enthebung von diesem Posten zu bitten, und im Januar 1867 zog er sich beurlaubt nach Merseburg zurück, dem er schon seit 1862 als Domherr angehörte. Erst 1868 trat er wieder in den aktiven Militärdienst und übernahm das Kommando des 1. Armeekorps. Mit diesem rückte er auch 1870 in Frankreich ein und schlug die Schlachten von Colombey-Nouilly und Noisseville mit Auszeichnung. Am 27. Oktober zum Oberbefehlshaber der ersten Armee ernannt, bekämpfte er im November und Dezember die Nordarmee Frankreichs und lieferte unter den schwierigsten Verhältnissen die Schlachten bei Amiens und an der Hallue. Im Januar wurde ihm das Kommando der deutschen Südarmee übertragen, vom Bourbaki zu bekämpfen. Durch seinen kühnen Zug über die Côte d'or gelang es ihm, in den Rücken des bei Belfort kämpfenden Feindes zu gelangen und Bourbaki mit seinem ganzen Korps über die Schweizergrenze zu drängen. Das Großkreuz des Eisernen Kreuzes und der Schwarze Adlerorden wurden der Lohn für diese kühne That. Am 20. Juni 1871 wurde v. Manteuffel der Oberbefehl über die in Frankreich verbleibenden Okkupationstruppen übertragen, und mit Klugheit und Geschick verstand er auch dieser schwierigen Aufgabe sich zu entledigen. Seine am 19. September 1873 nach der Rückkehr nach Deutschland erfolgte Ernennung zum General-Feldmarschall war die Anerkennung dieser Thätigkeit. — Der Feldmarschall ist Vater von 4 Kindern, einer Tochter und drei Söhnen. Der älteste Sohn wurde am 18. August 1870 bei Gravelotte zusammengeschossen und lebt jetzt als invalider Hauptmann von seiner Pension. Der zweite ist Hauptmann im 1. Garderegiment zu Potsdam, der dritte Brigadeadjutant der 5. Kavalleriebrigade in Frankfurt a. O. Er lebte seither abwechselnd in Berlin und auf seinem Rittergut Zoyter in stiller Zurückgezogenheit, ist aber wie früher, so auch heute noch ein gern gesehener Gast bei Hofe. Strenge Religiosität ist neben seinen hervorragenden militärischen und politischen Eigenschaften ein Grundzug seines Charakters. Er steht auf dem Standpunkt der positiven Union und ist ein durch und durch biederfester evangelischer Mann. Von der Einrichtung, daß täglich zweimal in seinem Hause — Morgens und Abends — ein Kapitel aus der Bibel laut vorgelesen wird, hat er selbst während des Feldzuges nicht abgelassen. Nebenbei verfeinert der Feldmarschall aber trotz seines militärischen Charakters durch seine einnehmende, entgegenkommende Liebenswürdigkeit sich die Herzen zu gewinnen. Er wird auch in seiner neuen Stellung in den Reichslanden sehr bald sich die Zuneigung der Bevölkerung erwerben.

*) Die Fortsetzung des Romans „Das goldene Kalb" findet der Leser Seite 5.